

**Koordinierungsrat
deutscher Nicht-Regierungsorganisationen
gegen Antisemitismus**

**Zweite Koordinierungskonferenz
deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus**

Berlin, den 24. November 2008

Resolution Nr. 5 – NPD-Verbot

Mit einer Presseerklärung vom 27. Juli 2007 hatte der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus gefordert, ein neues Verfahren mit dem Ziel eines NPD-Verbots einzuleiten. Die NPD hat, so der Koordinierungsrat, vielfach bewiesen, dass sie ganz offen antisemitische und damit verfassungsfeindliche Zielsetzungen verfolgt. Der Koordinierungsrat wies u. a. auf die Flugblattparolen zu einer NPD-Demonstration in Frankfurt/Main am 7. Juli 2007 sowie auf die Sprechchöre auf dieser Demonstration hin. Auf Flugblättern war damals zum Kampf gegen das neue „Jerusalem“ in Frankfurt/Main aufgerufen worden. NPD-Sprechchöre hatten auf der Demonstration gerufen: „BRD, Judenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt“. Zuvor war es auch in Thüringen auf einer NPD-Veranstaltung zu ähnlichen Vorfällen gekommen.

An der Beurteilung der Lage und des Verhaltens der NPD, die aufgrund ihrer Wahlerfolge auch durch Steuergelder mitfinanziert wird, hat sich seitdem nichts geändert. Auch die NPD-Erklärungen zu Obamas Wahlerfolg vermitteln offen rassistische Einstellungen. In ihrem Auftreten zeigt die NPD häufig Sympathie für radikale islamische Bewegungen, auch für solche, die ein eindeutig antisemitisches Profil aufweisen. Es gibt keine antisemitischen Demokraten und keine demokratischen Antisemiten. Duldsamkeit gegenüber antisemitischen und rassistischen Demokratiefeinden ist kein Zeichen für Toleranz oder Liberalität, sondern für eine nicht nachvollziehbare Fahrlässigkeit.

Die Zweite Koordinierungskonferenz deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus fordert deshalb erneut ein Verbot der rechtsradikalen und antisemitischen NPD.